

Hildebrandt, Walter

Article — Digitized Version

Tendenzen und Probleme der sowjetischen Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hildebrandt, Walter (1963) : Tendenzen und Probleme der sowjetischen Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 7, pp. 279-286

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133320>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ABHANDLUNGEN

IDEOLOGIE UND ÖKONOMIE ZENTRALER PLANUNG

Die leidenschaftliche Diskussion um die Programmierung in der EWG hat gezeigt, auf wie starke ideologische Widerstände der Einbau von Planungselementen in die Marktwirtschaft stößt. Eine analoge Erscheinung nur mit umgekehrten Vorzeichen finden wir in den kommunistischen Ländern. Hier sind seit langem schon die Parteidogmatiker immer von neuem bemüht, das Eindringen „systemfremder“ marktwirtschaftlicher Prinzipien zu verhindern. Bei der postulierten Identität von Theorie und Praxis ergibt sich so ein ständiger Zick-Zack-Kurs in der Wirtschaftspolitik, den man nur euphemistisch als einen dialektischen Entwicklungsprozeß bezeichnen kann. Der Verfasser der ersten Abhandlung zeigt an drei Beispielen, wie in der Sowjetunion der Widerstand der Gralshüter die Regierung zu immer neuem Kurswechsel zwingt, zu einer ständigen Revision der Planungsprinzipien, und wie nur sehr langsam das ökonomisch-pragmatische Denken in der Praxis ihren Niederschlag findet. Die zweite Abhandlung über die Investitionspolitik der Sowjetzone seit 1945 ist eine weitere Illustration dieser Auseinandersetzung zwischen Ideologie und Ökonomie.

Tendenzen und Probleme der sowjetischen Wirtschaftspolitik

Dr. Walter Hildebrandt, Stolzenau/Weser

Jedermann weiß, daß sich Chruschtschow einer Fülle außenpolitischer Schwierigkeiten gegenüber sieht. Die zähflüssigen Diskussionen zwischen Washington und Moskau über das Problem der Abrüstung und über die Einstellung der Atombombenversuche, die Verwicklungen um Kuba und ihre fortwirkenden Folgen, der sich immer mehr zuspitzende Konflikt mit Peking — das alles ist geeignet, den Blick von jenen Schwierigkeiten abzulenken, mit denen sich der sowjetische Ministerpräsident im Inneren seines Landes auseinanderzusetzen hat. Diese Probleme sind jedoch von nicht geringerer Bedeutung. Man denke nur an den Kampf um mehr geistige, literarische und künstlerische Freiheit, der seit dem Tode Stalins nie ganz eingeschlafen ist.

INNENPOLITISCHER HINTERGRUND DER JUNGSTEN REFORMBESTREBUNGEN

Noch wichtiger ist jedoch das Ringen um wirtschaftliche Fragen, denn hierbei handelt es sich nicht um einen Problemkomplex, den man gleichsam einkreisen und an den Rand der Gesellschaft isoliert abdrängen kann, wie man das im Falle der Literaten und Maler zu tun versucht, denen man den Stempel von Sektierern oder Outsidern oder auch Schmarotzern aufdrückt. Die Diskussionen um die brauchbare Formung der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftspolitik — so stark sie auch hier und da aus dem gleichen geistigen Urgrund wie die literarischen Auseinandersetzungen gespeist werden mögen — tragen einen gänzlich anderen Charakter. Denn hier geht es um den Kern

der Entwicklung des sowjetischen Staates, so wie man es in Moskau versteht: nämlich um die wirtschaftliche Machtentfaltung des Landes als Basis der Modernisierung von Gesellschaft und Wirtschaft, der Hebung des Lebensstandards und nicht zuletzt der Expansion eines Rüstungspotentials, das den Ansprüchen eine Weltmacht vollauf genügt.

Jede Diskussion, jede Veränderung der Wirtschaftspolitik berührt praktisch alle Bereiche des Lebens. Die Militärs werden auf den Plan gerufen, selbstverständlich auch die Wissenschaftler und Techniker und schließlich in der einen oder anderen Weise alle Arbeitnehmer und alle Konsumenten, und das bedeutet die ganze Bevölkerung. Es kommt noch hinzu, daß die Ideologie, auf der das System basiert, allen wirtschaftlichen Fragen eine zentrale Rolle und die Funktion des „Unterbaues“ einräumt, so daß die Partei auf diesem Felde in der Theorie wie in der Praxis mit ganzem Schwergewicht engagiert ist. Wie sehr es sich hier um ihr ureigenstes Anliegen handelt, hat erst kürzlich wieder das neue Programm der KPdSU erkennen lassen, das im Herbst 1961 verabschiedet wurde. In ihm werden ganz überwiegend Fragen der Wirtschaft abgehandelt.

Vor diesem Hintergrund muß man die Bedeutung jener drei Ereignisse einschätzen, die in den letzten anderthalb Jahren die wirtschaftspolitische Diskussion in der Sowjetunion bestimmten: Das ist einmal der Fortgang in der Behandlung der brennenden Agrarfrage; zweitens der kühne Vorstoß des sowjetischen

Wirtschaftswissenschaftlers Professor Liberman aus Charkow; und schließlich die auf dem November-Plenum des Zentralkomitees der KPdSU beschlossene große Verwaltungsreform, die bis heute alle Beteiligten in Atem hält.

DIE UMBRUCHSITUATION IN DER LANDWIRTSCHAFT

Das Jahr 1962 begann auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik mit einer bezeichnenden Rede Ministerpräsident Chruschtschows, die er am 12. Januar auf einer landwirtschaftlichen Tagung in Minsk hielt. Er beschäftigte sich mit der Lage der Landwirtschaft in Weißrußland. Seine Ausführungen bereiteten jedoch Entscheidungen vor, die bald darauf für ganz Rußland beschlossen wurden.

Er kritisierte die ungenügende Erzeugung der Unionsrepublik, wobei er sich sowohl mit der Viehwirtschaft als auch mit der Getreideerzeugung beschäftigte. Ausgehend von den Zielsetzungen des neuen Programms der KPdSU setzte er sich mit dem Feld-Gras-System auseinander, dessen weite Verbreitung der Landwirtschaft großen Schaden zugefügt hat. Im Rahmen eines neuen Anbausystems müsse — so betonte er — vor allem der Mais- und Zuckerrübenanbau ausgeweitet werden. Auch die Fleischproduktion wurde in die Kritik einbezogen, die in der Feststellung gipfelte, daß „die Organisation der Landwirtschaft und Viehzucht vollständig defekt“ sei. Abgelehnt wurde von Chruschtschow auch die hohe Zahl der Personen, die sich in der Landwirtschaft mit Verwaltungsarbeiten beschäftigen. Er verlangte, daß Büroarbeiten in Zukunft nur noch von Pensionären durchgeführt werden sollten, während alle arbeitsfähigen Kräfte sich der praktischen Arbeit zu widmen hätten.

Realistische Beurteilung der Lage

Nach solchen und ähnlichen Reden und Verlautbarungen wurde dann auf dem sogen. März-Plenum des Zentralkomitees der KPdSU, das vom 5. bis 9. März 1962 in Moskau abgehalten wurde, der Versuch unternommen, den schon Jahre andauernden Bemühungen um eine sprunghafte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion eine neue, institutionell abgestützte Wendung zu geben.

Dem März-Plenum kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, da es die erste Vollsitzung des Zentralkomitees der Partei nach dem XXII. Parteitag war, auf dem die Verabschiedung des neuen Parteiprogrammes vorgenommen wurde. Um so wichtiger ist es, daß Chruschtschow sein einleitendes Referat benutzte, um sofort wieder nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Sowjetwirtschaft nach wie vor neben allen moralischen Antrieben ganz entscheidend auch die „materielle Interessiertheit“, d. h. das Gewinnstreben und die Entlohnung nach der Leistung beibehalten müsse. An dieser Stelle setzte er sich offenbar mit jenen Kräften auseinander, die mit der Veröffent-

lichung des Parteiprogrammes und der Ankündigung, daß man nunmehr unmittelbar in den Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus eingetreten sei, den Zeitpunkt als gekommen ansahen, vom Leistungslohn ebenso wie vom Gewinndenken in der Gesamtwirtschaft und von der Beibehaltung des „Wertgesetzes“ abzugehen. Dieses Problem wird uns später noch mehrfach beschäftigen. Es gehört zu den Schlüsselfragen der gegenwärtigen Übergangsperiode.

Angesichts der ernsten Lage in der Versorgung der Bevölkerung mit Agrarprodukten stellte Chruschtschow außerdem die Notwendigkeit heraus, realistisch die Schwierigkeiten in der Landwirtschaft zu sehen und daraus die Konsequenzen zu ziehen. „Wir brauchen keine leeren Phrasen von einer Lösung des Getreideproblems“, so führte er aus, „sondern Getreide und andere Produkte.“ Seine offenen Worte gipfelten in der Feststellung: „Heute brauchen wir keine akrobatischen Zusammenstellungen von Zahlen über die Lösung des Getreideproblems, sondern eine faktische Änderung der Dinge. Es kommt darauf an, in kurzer Frist die Produktion der wichtigsten Agrarerzeugnisse zu verdoppeln und zu verdreifachen.“

Scharfe Diskussion um strukturpolitische Maßnahmen

Drei wichtige strukturpolitische Maßnahmen der letzten Jahre, die zum Teil überaus scharfe parteiinterne Diskussionen unter den Fachleuten ausgelöst hatten, verteidigte Chruschtschow nachdrücklich: Die Neulandgewinnung in Sibirien und Kasachstan wurde als ein großer Sieg an der Agrarfront herausgestellt (bis 1962 wurden 42 Mill. ha Neuland gewonnen). Nachdrücklich verteidigt wurde die Überführung der Maschinen-Traktoren-Stationen in den Besitz der Kollektivgüter, eine Maßnahme, die nach wie vor unter den Dogmatikern umstritten ist. Nicht gegenüber den Dogmatikern, sondern gegenüber den Praktikern verteidigte der Ministerpräsident schließlich eine dritte Entwicklung der letzten Jahre, nämlich die Zurückdrängung der privaten zugunsten der sogenannten gesellschaftlichen Viehhaltung, d. h. der Viehhaltung in den Kolchosen und Sowchosen, die seit der Kollektivierung der Bauernschaft Anfang der dreißiger Jahre immer im Schatten der Produktion in den privaten Nebenwirtschaften gestanden hat.

Faßt man die Gedanken zusammen, die Chruschtschow und die übrigen 51 Redner auf der Märztagung des Zentralkomitees äußerten und die sich dann in einem Beschluß und einem an die Öffentlichkeit gerichteten Aufruf des Plenums sowie in einem späteren offiziellen Beschluß des Zentralkomitees und des Ministerrates vom 24. März 1962 niederschlugen, so kann man von einem Fünf-Punkte-Programm der neuesten sowjetischen Agrarpolitik sprechen. Auch wenn es sich zum Großteil um Probleme handelt, die schon immer auf der Tagungsordnung standen, so ist auch schon ihre Wiederholung bezeichnend. Es handelt sich um

folgende fünf Punkte: Weitgreifende Veränderungen in den Anbaumethoden, bessere technische Versorgung der Landwirtschaft, ein stärkerer Rückgriff auf die Erkenntnisse einer nicht unter Druck stehenden Agrarwissenschaft, umfassende Strukturänderungen in den Leitungsmethoden und schließlich die Steigerung der Agrarproduktion in möglichst kurzer Frist.

Der Kern des ersten Punktes ist, wie schon angedeutet wurde, in der Forderung zu sehen, von der extensiven Feld-Gras-Wirtschaft abzugehen und intensivere Anbaumethoden zu wählen. Ziel dieser Umstellung ist es, sowohl die Getreide- als auch die Hackfruchtproduktion wesentlich zu steigern. Das lange Festhalten an der veralteten Methode wurde Stalin und seinen ungenügenden Kenntnissen der Landwirtschaft in die Schuhe geschoben. Zehn Jahre nach dem Tode des Diktators überzeugt diese Argumentation allerdings nicht recht, wenn es auch richtig ist, daß unter Stalin aus guten Gründen dieses extensive System beibehalten wurde.

Der Gedanke territorialer Spezialisierung

Inzwischen ist die Diskussion um die Intensivierung der Produktionsmethoden in der Landwirtschaft um einige weitere Gedanken bereichert worden. Am 17. und 18. März 1963 forderte Chruschtschow in der Moskauer „Prawda“ die Einrichtung von Spezialkombinaten für Milch- und Gemüseerzeugung in der Nähe aller sowjetischen Großstädte, um die bessere Versorgung dieser Zentren sicherzustellen. Es ist offensichtlich, daß sich die Sowjets hier — wie in so vielen Bereichen der Wirtschaft — an der Entwicklung der Landwirtschaft im westlichen Ausland orientieren. Zugleich wurde gefordert, die nordwestlichen Gebiete des Landes, also Weißrußland, die baltischen Republiken und den Nordwesten der RSFSR, als reine Tierzuchtgebiete aufzubauen. Die Kolchosen und Sowchosen sollen hier nur noch soviel Getreide und Hackfrüchte erzeugen, wie die Bedarfsdeckung der Betriebsangehörigen und des Viehbestandes es erfordert.

Auf die Problematik einer derartig weitgehenden und territorial weitgestreuten Spezialisierung braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Nachdem sich die mittlere Beförderungsweite der Agrarprodukte in der Sowjetunion gegenüber der zaristischen Zeit bereits mehr als verdoppelt hat (mittlere Beförderungsweite bei Getreide 1913 544 km, 1960 1152 km), muß sich diese Tendenz noch weiter verschärfen. Damit wird die Hoffnung, durch die territoriale Spezialisierung die Rentabilität der Landwirtschaft zu verbessern, auf Grund neuer Transportkostenbelastungen wieder weitgehend zunichte gemacht.

Noch stärker als bisher sollen auch die Anbaupläne der Staatsgüter in den östlichen Neulandgebieten spezialisiert werden. Im Zusammenhang damit flammte wieder die Frage der optimalen Betriebsgrößen in der

Landwirtschaft auf. In den Diskussionen, die in Alma Ata in Kasachstan stattfanden, wurde erneut eine Lanze für die überdimensionalen Größen gebrochen. Zumindest für die Neulandgebiete forderte man Staatsgüter von 30 000 bis 40 000 ha.

Hinsichtlich der besseren technischen Ausrüstung der Landwirtschaft wurde gefordert, ein umfassendes „konkretes Programm zur Intensivierung der materiellen und technischen Hilfe an die Landwirtschaft“ zu entwickeln. Die Überlegungen des März-Plenums des Zentralkomitees im Frühjahr 1962 gipfelten in der Forderung, die Produktion von Landmaschinen in kürzester Frist zu verdoppeln. Neben der Vergrößerung der bestehenden Fabriken sollen drei neue riesige Werke errichtet werden, und zwar eine Traktorenfabrik, eine Landmaschinenfabrik konventioneller Art sowie eine Fabrik für Maschinen und Geräte, die in der Viehwirtschaft eingesetzt werden können. Außerdem sollen in großer Zahl leistungsfähige Acker-schlepper aus dem Ausland eingeführt werden.

USA-Landwirtschaft als Maßstab

Wie schon Lenin in den zwanziger Jahren, so erwähnte jetzt auch Chruschtschow wieder lobend die amerikanische Landwirtschaft und den Stand ihrer Mechanisierung. Lenin hatte bekanntlich damals gemeint, die russische Agrarwirtschaft müsse sich den „amerikanischen Weg“ und nicht den (damaligen) „deutschen Weg“ in der Landwirtschaft zum Vorbild nehmen. Jetzt wird dieser Gedanke wieder einmal erneuert. „Man muß die landwirtschaftliche Produktion der USA und anderer Länder, die ein hohes Organisationsniveau der Wirtschaft aufweisen, besser studieren und die Errungenschaft der ausländischen Wissenschaft und Praxis in den Kollektivwirtschaften und Staatsgütern auswerten“, meinte Chruschtschow.

Ein Vergleich zwischen der sowjetischen und nordamerikanischen Landwirtschaft zeigt in der Tat den noch immer — trotz aller Mythologisierung des Traktors — ungenügenden Stand der Mechanisierung und, zum großen Teil darauf zurückgehend, der Produktivität der russischen Agrarproduktion.

Eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung¹⁾ hat ergeben, daß die jährliche Zuwachsrate der Traktorenbestände zwischen 1925 und 1955 23,3% betrug, während sie sich in den vergleichbaren dreißig Jahren in den USA, d. h. in den Jahren von 1910 bis 1940, auf 27,7% belief. Mitte der fünfziger Jahre entfielen auf je 100 ha Ackerfläche in den USA 2,5 Traktoren, in der Sowjetunion nur 0,4. Auf je 1000 in der Landwirtschaft Beschäftigte kamen in den USA 706 Traktoren, in der Sowjetunion dagegen nicht mehr als 19. Wie groß der Nachholbedarf der sowjetischen Landwirtschaft ist, geht auch daraus hervor, daß sich der Unterschied im Grad der Arbeits-

1) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Wochenbericht, 26. Jg., Nr. 37.

produktivität in der Landwirtschaft der UdSSR und der USA nach wie vor auf 1:8 beläuft. Nach einer Untersuchung von N. Walentinow²⁾ erzeugten 6,7 Mill. Erwerbstätige in der amerikanischen Landwirtschaft im Jahre 1958 Agrarprodukte im Werte von 38,3 Mrd. Dollar. In der Sowjetunion dagegen arbeiteten mehr als 37 Mill. Erwerbstätige im gleichen Jahr und erzeugten, bezogen auf dasselbe Preisniveau, jedoch nur Produkte im Werte von 26,8 Mrd. Dollar. Je Arbeitskraft betrug in den USA der erzeugte Wert 5689 Dollar, in der UdSSR 724 Dollar. Diese Ziffern machen ohne Zweifel eines der wichtigsten Kernprobleme der Sowjetwirtschaft deutlich. Nur vor ihrem Hintergrund können alle die Bemühungen verstanden werden, zu neuen Ergebnissen in der Landwirtschaft zu kommen. Mit der Notwendigkeit, den Produktivitätsgrad in der sowjetischen Landwirtschaft mit Hilfe einer besseren technischen Ausrüstung sprunghaft zu verändern und den allzu hohen Anteil der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft am gesamten Potential der Erwerbstätigen zu mindern (in der Sowjetunion sind noch immer mehr als 40% aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft gebunden, während es in den USA nur 9% und in der Bundesrepublik rd. 12% sind), beschäftigten sich das Zentralkomitee und der Ministerrat der UdSSR bereits Anfang 1961 in grundsätzlichen Beratungen.

Als Ergebnis der damaligen Erörterungen war am 20. Februar 1961 beschlossen worden, eine eigene „Unionsvereinigung“ für den Verkauf von landwirtschaftlichen technischen Hilfsmitteln, Ersatzteilen, Kunstdünger und anderen Artikeln an die Kollektiv- und Staatsgüter zu gründen. Die neue Vereinigung, die den Namen „Sojusselchostekhnika“ erhielt, konnte für sich die Kompetenzen eines staatlichen Komitees des Ministerrates in Anspruch nehmen und war dem Ministerrat unmittelbar unterstellt. Andererseits hat sie auf der Grundlage der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung zu arbeiten, d. h. sie ist nicht nur ein Verwaltungsorgan, sondern zugleich ein wirtschaftliches Unternehmen.

Wenn nunmehr die Partei und die Regierung mehr als ein Jahr später die Fragen der besseren technischen Versorgung des Agrarsektors erneut diskutieren und diese Probleme auch heute noch ungelöst sind, erkennt man, daß es sich um system- und strukturebedingte Schwierigkeiten handelt, die angesichts der vielen sonstigen Aufgaben, die die Industrie zu lösen hat, nur schrittweise bekämpft werden können.

Verstärkte Präsenz des Staates auf betrieblicher Ebene

Diese Tatsache will man allerdings in der Sowjetunion nicht wahrhaben. Man behauptete im März 1962 vielmehr, mit der damals beschlossenen Reorganisation der Agrarverwaltung den eigentlichen Hebel für

die Überwindung der Krise konstruiert zu haben. Die Reform vom Frühjahr 1962 zielte darauf ab, mit Hilfe neuer „territorialer Produktionsverwaltungen“, neuer „Komitees für die Landwirtschaft“ auf der Ebene der Gebiete, Regionen, autonomen Republiken und Unionsrepubliken (Bundesländer) sowie eines neuen Unionskomitees für das gesamte Staatsgebiet Kontrollorgane zu schaffen, die die Erfüllung der Partei- und Regierungskonzeptionen in den Kolchosen und Sowchosen kontrollieren. Dabei handelt es sich nach dem Willen der Erfinder dieser Neuerungen bei den neuen Instanzen jedoch keineswegs um Organe, die nur nachträgliche Prüfungen durchführen sollen. Nachdrücklich wird eine „operative“ Überprüfung gefordert, d. h. laufende Eingriffe, die praktisch einer permanenten Organisation der Produktion bis in die Betriebe hinein von oben her gleichkommen.

Schlüsselaufgaben erhielten die sogenannten Inspektoren-Organisatoren der territorialen Verwaltungen. Hierbei handelt es sich um Fachleute, die für jeweils mehrere Güter verantwortlich sind, auf einem der Kollektiv- oder Staatsgüter selbst domizilieren und die Kompetenzen der Vorsitzenden der Kolchosen und der Direktoren der Sowchosen praktisch wesentlich einschränken.

Nachdem Anfang der fünfziger Jahre bereits mehrere Kolchosen jeweils zu neuen Großkolchosen zusammengelegt wurden, handelt es sich hier um eine in der Praxis durchgeführte weitere Vergrößerung der Produktionseinheiten und zugleich um eine Verstärkung der Präsenz des Staates auf der betrieblichen Ebene.

Forderung nach politischer Unabhängigkeit der Wissenschaft

In den Diskussionen auf dem März-Plenum 1962 des Zentralkomitees spielte schließlich auch die Frage eine Rolle, daß man die Agrarwissenschaft stärker einschalten und sich ihre Erkenntnisse gründlicher als bisher zunutze machen müsse. Damit wurde auch in diesem Zusammenhang ein dauernd schwebendes Problem angesprochen: das Verhältnis der Wissenschaft zur Partei und deren diktatorische Entscheidungen. Die Frage der Berechtigung zu kritischen Äußerungen gegenüber Parteibeschlüssen ist so alt wie der Sowjetstaat selber. Unter Stalin gab es keine Diskussionen über dieses Thema. Jetzt ist es um so deutlicher in den Vordergrund getreten. Bereits in den früheren Stadien der Auseinandersetzung um das richtige Anbausystem in der Landwirtschaft hatte Chruschtschow die Gelegenheit wahrgenommen, um auf seine Weise das Problem zu analysieren. Auf einer Tagung ukrainischer Landwirte erwiderte Chruschtschow am 22. Dezember 1961 in Kiew in scharfer und sarkastischer Form dem Präsidenten der Ukrainischen Akademie der Landwirtschaft, P. A. Wlasiuk, der behauptet hatte, die jetzt kritisierte Anbauweise des Feld-Gras-Systems sei erst durch Chruschtschow und die Partei für verbindlich erklärt worden:

²⁾ Est et Ouest, Paris, 12. Jg., Nr. 229.

„Genosse Wlasiuk impliziert, die Partei und nicht er sei im Unrecht. Er sagt, indem er die Feldgraswirtschaft propagiert habe, habe er den Auftrag der Partei erfüllt. Warum versuchen Sie, die Partei für Ihre eigenen Fehler verantwortlich zu machen? Das ist nicht ehrenhaft. Das Gegenteil trifft zu. Wissenschaftler haben dieses System vorgeschlagen und es Kollektiv- und Staatsgütern aufgezungen. Sie, Genosse Wlasiuk, verstehen offensichtlich nicht, was die Partei ist, und mißdeuten in schlimmer Weise die Aufgaben eines Parteimitgliedes. Die Erklärung des Genossen Wlasiuk verrät seinen Mangel an Prinzipien. Nun kommen Sie, Genosse Wlasiuk, und behaupten, ich hätte dies und das gesagt. Bin ich denn etwa die oberste Autorität auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Landwirtschaft? Sie sind der Präsident der Ukrainischen Akademie der Landwirtschaft und ich der Sekretär des ZK. Sie müssen in diesen Dingen mir helfen und nicht ich Ihnen. Ich kann mich irren, und wenn Sie ein ehrenhafter Wissenschaftler wären, dann müßten Sie sagen: ‚Genosse Chruschtschow, Du verstehst das nicht richtig!‘ Nehmen wir an, ich irrte mich. Dann kommen Sie und sagen, Chruschtschow hat das gesagt, und Sie unterstützen das. Was wäre das für eine Art Wissenschaftler, Genossen? Das ist speichelleckerischer Opportunismus. Opportunismus in der Wissenschaft ist unerträglich. Speichelleckerei ist unerträglich und für einen Wissenschaftler verderblich.“

Daß solche und ähnliche Aufforderungen nicht unerhört verhallen, zeigt ein Vorgang, der im Westen allgemein als die sogenannte „Lieberman-Diskussion“ bezeichnet wird. Damit markieren wir nach der Skizzierung der landwirtschaftlichen Probleme ein weiteres wichtiges Ereignis im Rahmen der wirtschaftspolitischen Entwicklung der Sowjetunion in den letzten anderthalb Jahren.

ERFOLG UND MISSEFOLG DER KONSTRUKTIVEN KRITIK LIBERMANS

Am 9. September 1962 veröffentlichte J. Liberman, Professor am Ingenieurtechnischen Institut in Charkow, auf Grund langer Vorarbeiten einschließlich betriebswirtschaftlicher Untersuchungen ein interessantes Projekt zur Revision der Planwirtschaft sowjetischen Typs, also der Zentralverwaltungs- und Befehlswirtschaft. Sein in der „Prawda“ publizierter Plan löste eine ganz außergewöhnlich lebhaft, offene Diskussion aus. Die Artikel erschienen zum Teil in der „Prawda“, zum Teil in anderen Fachblättern wie etwa im „Kommunist“, in den „Woprosy ekonomiki“, in der „Ekonomitscheskaja gaseta“ usw. Auch die Wirtschaftswissenschaftler der übrigen Ostblockländer interessierten sich für die Vorschläge und beteiligten sich an der Diskussion. In der Sowjetzone trat zum Beispiel Professor Fritz Behrens mit beredten Worten dafür ein, die Ideen und kritischen Ansätze Liebermans wirklich ernst zu nehmen.

Vorschläge zur Lockerung betrieblicher und überbetrieblicher Zentralplanung

Im Grunde ging es Liberman um zwei zentrale Probleme der sowjetischen Planwirtschaft. Einmal um das, was in der Zone als „Tonnenideologie“ bezeichnet wird, d. h. die Konzentration auf die mengenmäßige Erfüllung der Planaufgaben ohne Rücksicht auf

Rentabilität und die wirklich bedarfsgerechte Struktur der Erzeugung. Seine Kritik richtete sich aber zugleich gegen das System der starren und zentralisierten Planung überhaupt, insbesondere gegen das unelastische System von einander oft widersprechenden Kennziffern und die mangelnde Entscheidungsbefugnis der Betriebsleitungen auf einer Vielzahl von Gebieten.

Was schlug Liberman nun als Heilmittel im einzelnen vor? Erstens empfahl er, zur Verbesserung des Planes die Auflagen für die einzelnen Betriebe, die sich auf die Senkung der Produktionskosten, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Verwendung von Rohstoffen und Rohmaterialien und die Brenn- und Energiestoffe beziehen, in Zukunft nicht mehr von oben einzuplanen. Auch die Einplanung der Beschäftigtenzahlen der Betriebe und des Lohnfonds soll aus der zentralen Planung eliminiert werden. Diese Maßnahmen sollen die Betriebe selbst planen.

Dafür sei es nötig, so meinte Liberman konsequent weiter, den Betrieben zentral nur Auflagen hinsichtlich des Produktionsumfanges, der Nomenklatur und des Sortiments, der Lieferfristen und der Empfänger der Lieferungen zu machen. Weiter äußerte er, daß sowohl der Umfang als auch die Zweckbestimmung der Kapitalinvestitionen ebenfalls den Betrieben überlassen werden sollten. Dieser Vorschlag ging besonders weit, so daß er auch in den Diskussionen von den Widersachern Liebermans einer scharfen Kritik unterzogen wurde, denn gerade hier sah man die Chance, daß sich der Betrieb tatsächlich selbständig machte und damit die Strukturentwicklung der Summe aller Betriebe oder die Industrie als Ganzes letztlich in die Hände der Betriebsdirektoren gelegt und den Entscheidungen der zentralen Stellen von Partei und Staat entzogen werden würde. Drittens schlug Liberman vor, damit aufzuhören, Rentabilität und Gewinnaufgaben für die Betriebe jährlich zu planen. An die Stelle des bisherigen Systems sollten vielmehr für jeden Betrieb auf längere Frist mittlere Rentabilitätsvorgaben nach einer entsprechenden Tabelle festgelegt werden. Diese Tabelle könnte, so räumte Liberman ein, durchaus zentral ausgearbeitet werden. Viertens schlug der Verfasser des „Charkower Systems“ schließlich vor, dem Betrieb und den Betriebsangehörigen für die Erfüllung der festgelegten Rentabilitätsvorgaben Anreize zu gewähren, indem man die Prämienfonds für die Übererfüllung der festgelegten Rentabilitätsindizes erhöhte.

Lieberman war also — so läßt sich zusammenfassend sagen — der Ansicht, daß die bessere Ausnutzung aller Arbeits-, Material- und Finanzreserven der Betriebe, die rationelle Verteilung der Kapitalinvestitionen und die Steigerung der Effektivität dieser Investitionen sowie die Erhöhung der Produktivität der Betriebe ganz entscheidend durch den Abbau der zentralen Planung, insbesondere bei den Kapitalinvestitionen und bei der Gestaltung der Selbstkosten,

nicht aber durch bloße Umgruppierungen innerhalb der zentralen Planung erreicht würde. Sein Vorschlag gipfelte in der Idee, den Betrieben eine größere Autonomie zu gewähren und nun endlich nach langen Auseinandersetzungen, die sich bereits über Jahrzehnte hinzogen, die Rentabilität der Betriebe zur Hauptkennziffer der betrieblichen Leistung zu machen. Es war der Versuch, dem bisher ganz überwiegend produktionstechnischen Denken nunmehr wirklich ökonomische Kategorien beizumischen, ja diese dominieren zu lassen und damit dem Reifegrad der sowjetischen Wirtschaft gerecht zu werden.

Die Vorgeschichte

Wir deuteten schon an, daß der Plan des Charkower Professors nicht aus heiterem Himmel kam, sondern seine Vorgeschichte hat. Die zentrale Planung aufzulockern und den Betriebsdirektoren größere Rechte einzuräumen, wurde in der Nachkriegszeit einige Male ernsthaft erörtert. Bereits im März 1946 wurde auf einer Konferenz in Moskau, die im Derschinskij-Haus des Ingenieurs und Technikers stattfand, ausführlich darüber diskutiert, ob man den Betriebsleitern größere Rechte gewähren sollte und wie man die wirtschaftliche Rechnungsführung und den materiellen Anreiz verbessern könnte. Auch damals befaßten sich alle großen Partei- und Fachorgane im Anschluß an die genannte Konferenz lebhaft mit dieser Frage.

Daß auch Ministerpräsident Bulganin sich nach der Übernahme seines Amtes im Februar 1955 für eine größere Kompetenz der einzelnen Betriebe einsetzte und sich mit den Betriebsdirektoren verbündete, um gleichsam als Sprecher dieser Gruppe deren Interessen zu vertreten, ist ebenfalls bekannt und auch schon in dieser Zeitschrift geschildert worden.³⁾ Als Bulganins Pläne von den Dogmatikern sabotiert wurden, verbündete er sich mit einem der fähigsten Fachminister jener Zeit, M. G. Perwuchin, der seine Ansichten teilte. Der damalige Ministerpräsident konnte es im Dezember 1956 durchsetzen, daß Perwuchin zum Vorsitzenden der Staatlichen Wirtschaftskommission und damit zum entscheidenden Mann in Wirtschaftsfragen ernannt wurde. Zugleich mit Perwuchins Ernennung wurde die Kommission in eine Art Wirtschaftskabinet mit weitreichenden Vollmachten umgebildet. Fünf bisherige Stellvertretende Ministerpräsidenten, die alle erstklassige Wirtschaftsfachleute waren, wurden Perwuchins direkter Kontrolle unterstellt.

Als Perwuchin am 5. Februar 1957 vor dem Obersten Sowjet über den Regierungsplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft im Jahre 1957 sprach, entdeckten seine Widersacher, zu denen auch Chruschtschow gehörte, die Tendenz, die die Reformer verfolgten. Perwuchin hatte nämlich die geplante Wachstumsrate der Industrie für dieses Jahr besonders niedrig an-

gesetzt, um den Betriebsdirektoren die Chance einzuräumen, die Planaufgaben leicht zu erfüllen und damit zu unausgelasteten Betriebskapazitäten zu gelangen, die sie nach freier Verfügung auf Grund eigener Entscheidungen verplanen konnten, ähnlich den sogenannten „freien Spitzen“ in der Landwirtschaft.

Es wurde ganz deutlich, daß auf diese Weise der Versuch gemacht wurde, Elemente der Marktwirtschaft in das System der zentralen Planung „einzuschmuggeln“. Mehr noch, es ging um eine Aufweichung des Systems in seinen Grundsätzen. Das wurde in jener Zeit vor allem daran deutlich, wie man in Polen jene sowjetische Diskussion aufnahm und in aller Offenheit diskutierte. So schrieb am 9. September 1956 der polnische Professor Edward Lipinski, Präsident der Polnischen Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, im Rahmen einer radikalen Kritik der bisherigen Planwirtschaft in der Warschauer „Nowa Kultura“: „Wirtschaftliche Zentralisierung und die Forderung nach größerer Eigenständigkeit der einzelnen sozialistischen Unternehmen sind nicht ausschließlich Probleme der Nationalökonomie. Sie stehen vielmehr in unlösbarem Zusammenhang mit der Frage der politischen Freiheit und mit dem Charakter der sozialistischen Kultur...“

Der Not gehorchende Zugeständnisse

Nachdem sich damals schon Professor Liberman als Vertreter der Reformer zum Wort gemeldet hatte, und zwar in einem Artikel, der 1956 in der Moskauer Zeitschrift „Kommunist“ erschien, mußten seine neuen Äußerungen im September 1962 die „heiße“ Situation von 1956 wieder in den Köpfen aller Beteiligten heraufbeschwören. Damals war im Gefolge der „Anti-Stalin-Rede“ Chruschtschows auf dem XX. Parteitag im Februar 1956 bekanntlich eine Lage entstanden, in der sich im gesamten Ostblock eine Entwicklung anbahnte, die nicht mehr völlig geplant gesteuert werden konnte. Die Hundert-Blumen-Rede Mao Tse-tungs und deren Folgen, die Ereignisse in Polen und Ungarn, die Entwicklung im Inneren der Sowjetunion, alles das deutete darauf hin, daß diejenigen, die „mehr Freiheit“ und mehr Kompetenz für den einzelnen, ob es sich nun um den einzelnen Bürger oder den einzelnen Betrieb handelte, forderten, die geistige Herrschaft an sich rissen und sich schließlich an systemfremde Veränderungen wagen würden.

So ist es nur zu verständlich, daß die Diskussion um das Liberman-Projekt, als man sah, wie stark sich alle Fachleute an der Auseinandersetzung beteiligten und die Mehrzahl derjenigen, die das Wort ergriffen oder sich auch nur privat äußerten (wie aus einem Bericht des sowjetzonalen Wirtschaftswissenschaftlers Fritz Behrens eindeutig hervorgeht), sich hinter die Kritik und die Ansichten Professor Libermans stellten, abgedrosselt wurde.

Allerdings begnügte man sich auch jetzt wieder nicht damit, einfach die Zustände so zu lassen, wie sie vorher waren. 1957 hatte man Perwuchin und später auch

³⁾ Walter Hildebrandt: „Personelle Probleme des Managements in der Sowjetwirtschaft“, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, September 1956, S. 498 ff.

Bulganein entfernt, zugleich aber war es im Frühjahr 1957 doch zu einer Reform gekommen, die freilich eine Dezentralisierung eigener, Chruschtschowscher Prägung darstellte. Nicht so sehr die Betriebsdirektoren als vielmehr die staatlichen Stellen regionaler Ebene waren es, die mehr Kompetenzen erhielten, als man die Zahl der zentralen Ministerien verringerte und mit einer Verlagerung vieler Entscheidungen in die Provinz begann.

DIE VERLAGERUNG DER MACHTBEFUGNISSE

Die Entwicklung im Herbst 1962 muß mit diesen Vorgängen verglichen werden. Libermans Gedanken wurden nicht realisiert, dafür kam es auf dem sogenannten November-Plenum des Zentralkomitees der KPdSU vielmehr zu anderen Reformen, die ebenfalls die Wirtschaftsstruktur im Prinzip berührten. Damit kommen wir auf die dritte wichtige wirtschaftspolitische Entscheidung der letzten Zeit zu sprechen, die wir in der Sowjetunion beobachten können.

Das Zentralkomitee der Partei tagte vom 19. bis 23. November 1962 in Moskau. Richtungweisend war auch hier wieder, wie auf jeder Vollsitzung des Zentralkomitees, das einleitende Referat des Ersten Parteisekretärs. Diesmal beschäftigte sich Chruschtschow mit dem Thema „Die Entwicklung der Wirtschaft der UdSSR und die Leitung der Volkswirtschaft durch die Partei“.

Chruschtschow sprach sich zwar für stärkere Entscheidungsbefugnisse der Betriebe aus und verwies dabei auf den Plan eines neuen Betriebsgesetzes sowie die Bildung sogen. Produktionskomitees innerhalb der Betriebe, aber das alles waren doch nur Randbemerkungen, Rückzugsgefechte gegenüber Liberman, die in eine Gegenaktion einmündeten, die das eigentliche Thema der Beratungen bildete. Die Bekenntnisse Chruschtschows zum Gedanken der Dezentralisierung wurden, so meint Boris Meissner in einer ausführlichen Analyse der neuen Reform mit Recht, durch Maßnahmen überschattet, die einer verstärkten Zentralisierung der Wirtschaftsführung gleichkommen.⁴⁾ Andere Beobachter der Entwicklung sind der gleichen Meinung. Im gewissen Sinne bildet das Reformwerk eine Fortsetzung jener administrativen Maßnahmen, die auf dem März-Plenum 1962 für die Landwirtschaft beschlossen worden waren.

Die neue Form der delegierten Macht

Die zentrale Idee der neuen Maßnahmen besteht darin, das Prinzip der Kontrolle der Wirtschaft zu verstärken und zu systematisieren. Dabei kommt man dem neuen Parteiprogramm entgegen, indem man den Staat zurücktreten läßt und dafür der Partei vermehrte Funktionen zuweist. Entscheidend ist auch, daß der Grundsatz der Kontrolle nicht formalistisch

und als passiver Akt angesehen wird, sondern als eine operative und organisatorische, ja schließlich lenkende Leitung im aktiven Sinne des Wortes.

Man begründete diesen Schritt mit dem Hinweis, daß nunmehr das Niveau der Parteifunktionäre sowie ihre Bildungsvoraussetzungen sich derart verbessert hätten, daß ihnen wesentliche Aufgaben in der Wirtschaftsführung zugewiesen werden könnten. Zu diesem Zweck wurden die Organisationsprinzipien der Partei weitgehend geändert.

Man ging vom „Territorialprinzip“, das weithin geherrscht hatte, ganz und gar zum „Produktionsprinzip“ in der Partei über. Auf den unteren Ebenen soll es in Zukunft nur noch zwei getrennte Parteiorganisationen geben, eine „Industrieorganisation“ und eine „Agrarorganisation“. Letztere ist für alle Parteimitglieder in den Kollektiv- und Staatsgütern, den verarbeitenden Betrieben, den Fachschulen und sonstigen landwirtschaftlichen Organisationen zuständig. Die Industrieorganisation der Partei umfaßt die übrigen Parteimitglieder, wobei nicht nur an industrielle Werke gedacht wird, sondern ebenfalls an das Transport- und Bauwesen, an die Post, an Bildungseinrichtungen außerhalb der Landwirtschaft usw.

Da in den Industriebetrieben sowieso schon Parteizellen und -komitees bestanden, trifft auch diese Reform in erster Linie wieder die Landwirtschaft. Denn auf dem Lande wurden die nach dem Territorialprinzip organisierten Parteiorgane in den rund 3000 ländlichen Rayons aufgelöst und an ihrer Stelle Parteikomitees in den landwirtschaftlichen Verwaltungseinheiten eingerichtet, die im März 1962 neu gegründet worden waren. Die Sekretäre dieser Parteikomitees und ihre Mitarbeiter haben sich nicht nur um die Parteizellen in den untersten landwirtschaftlichen Produktionseinheiten zu kümmern, sondern auch wesentliche Funktionen in der Kontrolle und Lenkung der Produktion wahrzunehmen.

Während auf der Ebene der Gebiete, Gaue und autonomen Republiken ebenfalls eine Zweiteilung der Partei erfolgte, ist das auf den beiden höchsten Ebenen der Unionsrepubliken (Bundesländer) und des Gesamtstaates nicht der Fall. Jedoch wurden auch hier — entsprechend dem Unterbau — besondere ZK-Büros für die Industrie und die Landwirtschaft innerhalb der einheitlichen Parteiorganisation geschaffen. Mit Recht ist davon gesprochen worden, daß die kommunistische Partei in der Sowjetunion sich nunmehr weithin gleichsam in zwei eigenständige Körperschaften aufgespalten habe, nämlich in eine Arbeiterpartei und eine Bauernpartei.

Wie sich die Entwicklung in der Praxis abspielt, muß abgewartet werden, zumal auch die 1957 eingeführte Reform der staatlichen Wirtschaftsverwaltung revidiert worden ist. Die damals eingeführten 105 Wirtschaftsverwaltungsbezirke, die unter die Leitung ent-

⁴⁾ Boris Meissner: „Die große Verwaltungsreform Chruschtschows“, in: Osteuropa, Stuttgart, Februar/März 1963, S. 81 ff.

sprechender Volkswirtschaftsräte (Sownarchosen) gestellt wurden, schloß man zu größeren Einheiten zusammen; außerdem unterstellte man sie den republikanischen Volkswirtschaftsräten, so daß ihre Kompetenz äußerst relativiert ist. Hinzu kommt, daß man die Zahl der Staatskomitees für bestimmte wirtschaftliche Zwecke vermehrte und diese Komitees wieder immer mehr den Ministerien anglich, die man im Frühjahr 1957 in der großen Reform aufgelöst hatte. Schließlich veränderte man auch die oberste Spitze der Planungsbehörden wesentlich.

**„Oberster Volkswirtschaftsrat“
als Koordinator des Amterchaos**

Ein halbes Jahr nach Ansatz der Reform wurde schließlich am 13. März 1963 ein neues oberstes Wirtschaftsorgan gebildet. Es ist der sogen. „Oberste Volkswirtschaftsrat“, zu dessen Vorsitzenden D. F. Ustinow, ein besonders in Rüstungsfragen versierter Fachmann, ernannt wurde. Ustinow wurde gleichzeitig als dritter Stellvertretender Ministerpräsident im gleichen Rang wie Mikojan und Kossygin vorgesehen. Das neue oberste Organ soll die verwirrende Fülle der zentralen Behörden, Ämter und Komitees beaufsichtigen, ihre Arbeit verbessern und koordinieren und damit die immer schwerfälliger gewordene Planungs- und Verwaltungsmaschinerie der Wirtschaft wieder wirkungsvoller machen.

Daß man mit den Reformen vom November 1962 und den weiteren Beschlüssen vom März 1963 versuchte, eine wirklich tiefgehende Strukturkrise der Sowjetwirtschaft zu überwinden, geht auch daraus hervor, daß man am Gründungstag des Obersten Wirtschaftsrates, am 13. März 1963, beschloß, den laufenden Siebenjahresplan aufzugeben und zu neuen Planperioden überzugehen. Zwei Jahre vor dem Abschluß dieses Planes annullierte man ihn, um vorläufig mit einem zweijährigen Übergangsplan zu arbeiten. Anfang 1966 soll dann mit einem Fünfjahresplan für die Zeit von 1966 bis 1970 begonnen werden, nach dessen Abschluß man das alte Ziel der „ökonomischen Hauptaufgabe“, die USA in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung zu überholen, erreicht haben will.

Als man 1959 mit dem Siebenjahresplan einsetzte, tat man das mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß die unter Stalin praktizierte Periodisierung in Fünfjahresintervallen nunmehr überholt und nicht mehr brauchbar sei. Heute, nach vier Jahren der Experimente, geht man wieder auf die Ordnung Stalins zurück, ohne diese Widersprüche näher zu begründen.

**ZWISCHEN VERTRAUEN UND SKEPSIS
GEGENÜBER DER EIGENEN POLITIK**

Wie schwierig die Lage in der Sowjetwirtschaft struktur- und wirtschaftspolitisch zur Zeit ist, geht schließlich auch aus einer großen Rede Chruschtschows hervor, die dieser — gleichsam in der Form einer Zwischenbilanz — am 24. April 1963 auf einer Konferenz vor Repräsentanten der Industrie und des Bau-

wesens in Moskau hielt. In den Beratungen, die Experten aus der RSFSR zusammenführten, ging der Ministerpräsident auf die meisten Probleme der Sowjetwirtschaft direkt oder indirekt ein. Er begrüßte noch einmal die Einführung des oben genannten Produktionsprinzips in der Parteistruktur und behauptete, daß sich die Neuerung bewährt habe. Er räumte allerdings zugleich ein, daß erst die Zukunft Endgültiges zeigen werde, da man jede Form, so schön sie auch sein möge, erst mit dem echten Inhalt füllen müsse. Dazu gehöre vor allem, daß der Zusammenhang zwischen den beiden neuen Teilen der Partei nicht verlorengehen dürfe. Wichtig sei vor allem, daß die Parteiorgane im Industriesektor den landwirtschaftlichen Organisationen weiter stetig helfen müssen. Hier deutete Chruschtschow ohne Zweifel schwierige Fragen der Rangordnung zwischen Stadt und Land an, die schon immer in der Sowjetunion Gegenstand interner Diskussionen gewesen sind.

Nachdem der Parteisekretär noch einmal die „Kontrolle durch die Massen“ begrüßte und nur die Forderung wiederholte, diese Maßnahmen richtig zu organisieren, ließ er sich schließlich in versteckter Form auf eine Polemik mit Professor Liberman und seinen Vorschlägen ein. Er lehnte mit scharfen Worten die „Abschwächung der Führung, der organisierten Leitung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens im Lande“ ab und wandte sich gegen anarchische Gedanken in jeder Form. Seine Äußerungen gipfelten in der Forderung: „Die moderne Produktion verlangt exakte Leitung, richtige Organisation, strenge Ordnung, feste Disziplin und Autorität . . .“

Damit lehnte Chruschtschow ein halbes Jahr nach der Liberman-Diskussion noch einmal jeden Gedanken an eine weitergehende Lockerung der zentralen Planung auf dem Gebiet der Produktion, Kapitalinvestition, Lenkung des Arbeitspotentials und schließlich auch der Preispolitik ab, ohne an die Stelle der vorläufig zurückgestellten Reformgedanken wirklich brauchbare Lösungen zu setzen. Die Veränderungen der Partei- und Verwaltungsstruktur, auf die man auswich, stellen jedenfalls noch keine echte Lösung der schwebenden Probleme dar. Die schwierige Aufgabe, das System als solches zu erhalten, andererseits jedoch in den Methoden nicht auf stalinistische Mittel zurückzugreifen, bleibt weiter in der Schwebe. Das ist im Bereich der Landwirtschaft nicht anders als in der Industrie und in den anderen Bereichen der Wirtschaft. Die reifende Wirtschaft und die Lockerungen in der nachstalinistischen Ära verlangen echte Veränderungen. Die Dogmatiker, die immer noch mächtig sind und auch auf Chruschtschow ihren Druck ausüben, können das nicht zulassen. So wird weiter ein Zickzackkurs eingeschlagen werden, der zuletzt mehr Verwirrung als Nutzen bringt. Angesicht der großen und vielfältigen Aufgaben, denen sich die Sowjetwirtschaft gegenüber sieht, stellt diese Situation eine wirklich unangenehme Belastung dar.